

im Wauenschen Grunde zurückgestellt hat. Das Ortsgrundgesetz für die neue Stadt, die den Namen Freiheit führen soll, wurde mit dem Ministerium vorseitigen Änderungen genehmigt. Die Vereinigung der drei Orte zu einer Stadt mit veränderter Städteordnung erfolgt am 1. Oktober. Die Wahl des Stadtverordnetenkollegiums für das neue Gemeinwesen erfolgt am 28. September. Bei der Entschliessung, 18 neue Beamtenstellen für die Stadtverwaltung auszuscheiden, enthielten sich die bürgerlichen Vertreter der Stimmenabgabe.

Bauern. Einen nachteiligen Einfluss auf die Fleischpreise der schlesischen Grenzorte haben die niedrigen Fleischpreise im anarischen Böhmen. Diese sind in eine äusserste Notlage geraten. Zahlreiche Metzger in den Grenzorten haben seit Monaten kein Pfund Fleisch mehr verkauft und sehen ihren wirtschaftlichen Untergang vor Augen. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, dass zurzeit ganze Völkermassnahmen schlesischer Grenzortsbewohner nach Böhmen stattfinden, die sich ihre auf Grund des kleinen Grenzortsbereichs ausgelassenen 2 Pfund Fleisch von dort holen. Aber nicht alle holen nur für ihren Hausbedarf, manche Leute gehen an einem Tage 5-10 mal über die Grenze. Sie entwickeln einen schwunghaften Handel mit billigem Fleisch und machen dabei ein gutes Geschäft. In allen Orten jenseits der Grenze haben sich die Metzger auf ihre „reine deutsche“ Rindfleisch eingerichtet. Trotzdem in manchen Dörfern dort vier Metzger fast ausschließlich schlesische Käufer bedienen, müssen diese doch oft Stundenlang warten, so stark ist der Andrang.

Bauern. Die Einweisung des neuen Bischofs für das wiedererrichtete Bistum Meißen, Dr. Schreiber aus Fulda, geschieht dem Vernehmen nach gelegentlich des am 26. September in Bautzen stattfindenden schlesischen Katholikentages, und zwar wird die feierliche Einweihung vermutlich durch Bischof von Kardinal Vertram in Breslau geschehen. Diese Feierlichkeiten, sowie das 700-jährige Bestehen des Domstifts Bautzen, waren die Ursachen, weswegen der diesjährige schlesische Katholikentag nach Bautzen verlegt worden ist.

Sohn. Dem Witz erschlagen wurde in Mohr bei 40 Jahre alte verheiratete Strickwinderin Julie Demmel. Mutter dreier Kinder. Auf dem Heimweg von der Arbeit wurde sie von einem Gewitter überrascht.

Sohn. Die Stadtverordneten in Seditz haben den Rat um Ausarbeitung einer Vorlage erlucht betreffend die Übernahme der Beerdigung auf städtische Kosten und Verlegung eines Ortsgeländes hierüber, sowie Schaffung eines neuen Friedhofes.

Sindach. Die städtischen Kollegen demilitären 80000 Mark als Zuschuss für das Bauvorhaben der Eisenbahnerhausgenossenschaft.

Sissa. Die Zahl der Gewerbetätigen im Bezirk der Amtshauptmannschaft ist von 1081 im Juli auf 559 im August zurückgegangen.

Waldau. Die Lage des diesigen Arbeitsmarktes hat sich im verflochtenen Monat auf weiterhin gebessert. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 775 auf 658 gefallen. Bei den männlichen Arbeitsuchenden war ein Rückgang von 64, bei den weiblichen ein solcher von 85 zu verzeichnen. Im Baugewerbe herrscht sogar fühlbarer Mangel an Maurern, Zimmerleuten, Malern und Tischlern, sodass auswärtige Arbeitskräfte herangezogen werden mussten. An Gewerbetätigenunterstützung gelangten im Juli 278 802 Mark Auszahlung.

Chemnitz. In einem Gartengrundstück in der Stolberger Straße starb der 53 Jahre alte Eisenbahner Ernst Matthes beim Obstpflücken von der Leiter. Er lag sich dabei demart schwere Verletzungen zu, dass er in das Stadtkrankenhaus gebracht werden musste, wo er an den Folgen der Verletzung gestorben ist.

Chemnitz. Mittwochabend gegen 8 1/2 Uhr tauchte am westlichen Himmel über Chemnitz ein großes Meteor auf, das langsam von Norden nach Süden in horizontaler Richtung mit einem leuchtenden Schweif wieder verschwand.

Annaberg. Eine Ferienfahrt nach Schweden haben 12 Annaberger Schüler unternommen. Sie wurden drüben liberal begehrt und zum größten Teil kostenlos aufgenommen. In Stockholm und Uppsala mussten sie wiederholt vor Hunderten von Schweden deutsche Lieder singen. Auf dem schwedischen Uferfahrtsdampfer vertriehten sie Helene und andere Arbeiten.

Aus dem mittleren Erzgebirge. Dieses Jahr ist in den Gebirgslagen die Getreideernte um einige Wochen voraus. Man hat sogar schon mit dem Dasernteit begonnen und der Weizen wird bald folgen. Kartoffeln sind dieses Jahr sehr wenig angebaut worden. In den Waldungen war seit vielen Jahren keine solche Wildarmut zu verzeichnen als heute. Stundenlang kann man laufen, ohne man einen ehbaren Wild findet, trotzdem der Monat August der eigentliche Wildmonat ist. Die langanhaltende trockene Witterung wird daran schuld sein. Dadurch entgeht der ärmeren Gebirgsbevölkerung ein ansehnlicher Verdienst, da die Wilder von den Sommerfischern zu hohen Preisen gern gekauft wurden.

Bad Schleier i. B. Auf dem Heimwege von Grün fiel der 48-jährige Gattler Otto Kresse vom „Deutschen Baule“ hier in der Dunkelheit eine Wölchung hinab, schlug auf einen spitzen Stein auf und zog sich einen Schädelbruch zu. Am anderen Tage wurde er tot aufgefunden, erstickt.

Leipzig. Mit der Frage des Zusammenschlusses sämtlicher Vereine Leipzigs zu einer allgemeinen Kunst-, Sport- und Vergnügungszentrale befasste sich am Montagabend im großen Saale des Vereinshauses eine Delegierten-Konferenz einiger Leipziger Sport-, Musik-, Gesangs-, dramatischer und geselliger Vereine, Klubs, Gesellschaften usw. Der Vermittlung lag der Plan einer durchgreifenden Reorganisation des gesamten Vereinslebens vor. Bis der von den Unterworfener bestellte Referent ausführte, ist ohne jedwede Unterbrechung der Zusammenschluss sämtlicher Leipziger Vereine und deren Anschluss an eine zu gründende Kunst-, Sport- und Vergnügungszentrale in Aussicht genommen. Die Zentrale beabsichtigt, sich mit den Gastwirten, Bedrücken usw. in Verbindung zu setzen und eine Vermittlung von Sälen, Spielplätzen, Gesellschaftsräumen usw. einzurichten. Auch ist der Bau eines Vereins-Zentralpalastes vorgesehen. Fast sämtliche Redner sprachen sich, da nicht bekannt wurde, wer der Unternehmer dieser Pläne war, gegen die Gründung der geplanten Zentrale aus und die Verwirklichung wurde ohne Beschlussfassung geschlossen. Die Umänderung einer zweiten Verammlung wurde von den Unternehmern in Erwägung gezogen.

Moldau. Am diesigen Bahnhofs ist einem Metzger aus Zepitz sein Nordwagen mit den beiden vorgepannten Rädern, einer dunkelbraunen Stute und einem Fuchswaldbach, gestohlen worden. Der Wert der Tiere und des Wagens ist zusammen etwa 28000 Mark.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Wider Streik beim Phönix-Werk in Magdeburg. Die Verwertung des Phönix-Werkes in Magdeburg hat, da die Arbeiter durch einen wilden Streik Kontraktbruch begangen hat, die ganze Weltgeschichte kritisch entlassen. Da durch die Streikleitung das Kraftwerk stillgelegt worden ist, wurde die Technische Hochschule in Jagen angerufen, die das Kraftwerk wieder in Betrieb setzte.

Streik der Arbeiter in Stettin. Kämpfergebnisse auf Stettin zufolge sind dort die Arbeiter wegen Lohnforderungen

ten in dem Streik getreten. Außerdem protestiert seit Wochen vorläufig etwa 200 Arbeiter der Stettiner Sägerei-Werke. Auch die städtischen Arbeiter in Stettin haben neue Lohnforderungen gestellt.

Die entlassenen Beamten der Braunschweiger Eisenbahn haben nach einer Meldung der „Dr. Landeszeitung“ ihren Reichsvertreter beauftragt, Klage gegen den Braunschweiger Landesherrn zu erheben, weil sein Grund zur Entlassung vorliegt. Die Klage wird beim Landgericht eingereicht werden.

Einzelverkauf eines neuen Dampfschiffes. Ein für die Dampfschiffahrt der deutschen Werft Tollerort in Dan gegebener Dampfer wurde gestern glücklich zu Wasser gelassen. Der Neubau erhielt den Namen „Obenwald“.

Die deutsch-amerikanischen Friedensverhandlungen. Wie die „Disch. Wg. St.“ erklärt, ist die Blättermeinung über einen Stillstand der deutsch-amerikanischen Friedensverhandlungen unzureichend. Seitens der Vereinigten Staaten ist eine Forderung über die Abgabe eines deutschen Schuldenbekenntnisses, die amnestisch zu dem Stillstand der Verhandlungen geführt haben sollte, nicht erhoben worden.

Schaffung einer Reichskriminalabteilung. Unter den neuen Gesetzesvorlagen, die dem Reichstage zugehen werden, befindet sich laut „Disch. Wg. St.“ auch ein Gesetzesentwurf bez. Schaffung einer Reichskriminalpolizei, der eine möglichst starke Bekämpfung des Ueberhandnehmens des Verbrechertums bezweckt.

Für die Notleidenden Rußlands. Dem „Vorwärts“ zufolge hat der Berliner Magistrat gestern einstimmig beschlossen, für die Notleidenden Sowjet-Rußlands 100 000 Mark zu bewilligen vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung.

Neue Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich. Zu der Meldung, daß das Reichsministerium auf das Ersuchen der bayerischen Regierung um Annahme der im § 42 der Reichsverfassung dem Reichsministerpräsidenten eingelegten Beschlüsse einen ablehnenden Bescheid erteilt habe, wird von amtlicher bayerischer Seite erklärt: Es ist richtig, daß eine Antwort der Reichsregierung in diesem Sinne ergegangen ist. Die Verhandlungen sind aber noch nicht abgeschlossen, da auf Grund des Ministeratsbeschlusses vom 15. ds. der Vertreter des bayerischen Landwirtschaftsministeriums mit den zuständigen Reichsstellen in Berlin aufs neue verhandelt. Erst von dem Ausgang dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob die Reichsregierung ihre bisherige Stellungnahme ändert, aber ob die bayerische Regierung genötigt ist, von sich aus Maßnahmen zu treffen.

Wochenfest der Süddeutschen Demokraten. Laut „Münchener Neuesten Nachrichten“ fand der am Sonntag in Lindau zusammengetretene Wochenfest der bayerischen, württembergischen und badischen Demokraten, wozu auch Reichswehrminister Dr. Gehler erschienen war, eine Entscheidung, welche die unerschütterliche Treue zum Reich betonte und es für die erste nationale Pflicht aller Parteien erklärte, die nationalen Lebensnotwendigkeiten des Reiches und der Länder allen Sonderinteressen voranzusetzen. Der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage wird als wichtigste Aufgabe des ganzen deutschen Volkes betrachtet. Von der Reichsregierung wird die Befreiung der deutschen Genossenschaft von der Kriegsschuld erwartet. Die Entscheidung erhebt ferner Einspruch gegen die Verschleppung der oberösterreichischen Frage und fordert ein ungekünsteltes deutsches Oberschließen.

Die Großhandelsindizes der statistischen Reichsamtes ist von 1935 im Durchschnitt des Monats Juni auf 1425 im Durchschnitt des Monats Juli gestiegen. An der Erhöhung sind ausnahmslos alle Gruppen beteiligt. Die Gruppe Getreide und Kartoffeln stieg von 1043 auf 1096, die Gruppe Fleisch, Fisch und Fett von 1628 auf 1633, die Gruppe Kolonialwaren von 1273 auf 1447, die Gruppe Säute und Leder von 1640 auf 1720, die Gruppe Textilien von 1828 auf 1991, die Gruppe Metalle von 1551 auf 1581, die Gruppe Kohle und Eisen von 1671 auf 1740.

Rumänien.

Die Regelung der Getreideausfuhr. Der Ministerrat beschloß, daß in Zukunft der Staat das ausschließliche Recht der Ausfuhr von Weizen und Roggen haben soll. Die Ausfuhr der übrigen Getreidearten wird freigegeben unter der Bedingung, daß jeder Exporteur dem Staat die gleiche Menge, die er ausführt, zum Höchstpreis zur Verfügung stellt. Die Ausfuhrzölle auf Getreide werden aufgehoben.

Dänemark.

Verdrängung. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Das statistische Departement hat soeben die Durchschnittszahl des gegenwärtigen Reichshandels in Dänemark veröffentlicht. Sie beläuft sich auf 237 gegen 204 im Februar dieses Jahres und ist somit im letzten Halbjahr um 24 Punkte gestiegen. Das bedeutet seit Kriegsbeginn den ersten Verdrängung in Dänemark. Infolge dieser Feststellung hat der amtliche Abrechnungsrat beschlossen, die Teuerungszulagen der verdrängten Beamten für das kommende Jahr von 1184 auf 810 Kronen und für die unverdrängten von 756 auf 540 Kronen herabzusetzen. Gleichzeitig werden die Röhre der Arbeiter um 18 Oers die Stunde oder um 7,24 Kronen die Woche herabgesetzt. Mit der Herabsetzung der Teuerungszulagen für die Beamten vermindern sich die Ausgaben des Staates für diesen Zweck um 16 Millionen Kronen, sie gehen von 55,9 auf 40 Millionen Kronen zurück.

Frankreich.

Verband führt zur Abdrückungskonferenz. Bei dem Besuche, den der amerikanische Botschafter Herritt Mittwoch nachmittags am Quai d'Orsay abtratete, überreichte ihm der Verband die französische Antwort auf die Einladung zu der am 11. November in Washington stattfindenden Abdrückungskonferenz. Die französische Regierung nimmt die Einladung an und teilt mit, daß der Ministerpräsident Frankreich vertreten wird. — Nach dem „Ceclair“ wird in dem unterrichteten Kreisen berichtet, daß im Gegensatz zu dem, was früher gesagt wurde, der Verband in Washington die Debatte nicht einzig und allein auf die Entwaffnungsfrage zu beschränken versuchen wird. Der französische Ministerpräsident soll der Ansicht sein, daß die Gelegenheit günstig wäre, die meisten großen internationalen Probleme zur Sprache zu bringen und bei den amerikanischen Freunden Frankreichs eine Festhaltung der lokalen Absichten der französischen Politik aller Welt gegenüber zu geben.

Textilarbeiterstreik. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Lille ist in der Textilindustrie ein allgemeiner Ausstand ausgebrochen. Der Generalstreikparole sind von 82 000 Arbeitern 64 000 gefolgt.

England.

Die Londoner Presse stimmt den Ausführungen Lloyd Georges im Unterhaus zu. „Daily Chronicle“ schreibt: Die Entente werde weiter bestehen. Denn sie sei nicht nur für Großbritannien und Frankreich, sondern für den Weltfrieden notwendig. — Die „Times“ hebt den außerordentlich ersten Ton und den starken Wunsch Lloyd Georges hervor, den Frieden in Europa in enger Zusammenarbeit mit den Alliierten aufrecht zu erhalten und zu sichern. Es sei fest klar, daß die Entente aus den letzten Verhandlungen in Paris gehärtet hervor gegangen sei. — „Daily News“ meint, die Rede des Premierministers sei eine Darlegung der aus einandergehenden Interessen Großbritanniens und Frankreichs.

Die Leipziger Prozesse. Im Unterhaus sagte der Solicitor General, die Urteile des Reichsgerichts in Leipzig müßten nach dem deutschen Standard gewährt werden. Der Gerichtshof habe anständig gewürdigt, das beste zur Ver-

fügen. Einmal habe man sich entschlossen, was Oberste hat habe beschlossen, daß französische, belgische, italienische und englische Juristen darüber beraten sollen, ob dem Reichsgericht weitere Fälle zu überweisen seien.

Amerika.

Die Zahl der Arbeitslosen. „Chicago Tribune“ teilt aus Washington mit, daß nach Angabe des Arbeitsvertrages die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten gegenwärtig 5 785 000 betrage.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 18. August 1921.

Eine Zeitschrift des Reichswirtschaftsministeriums.

• Berlin. Die „Freiheit“ fordert in ihrer heutigen Morgennummer, daß der Reichsrat die Zeitschrift des Reichswirtschaftsministeriums in ihrem vollen Umfang zur Information freigebe.

Die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Rußland und Italien.

X Rom. Dem „Messaggero“ zufolge sind die Verhandlungen mit der sowjetrussischen Delegation über ein wirtschaftliches Abkommen dem Abschluss nahe. Das Abkommen, das in Kürze unterzeichnet werden wird, enthält folgende Hauptbestimmungen: 1. Die gegenseitige Verpflichtung, unverzüglich Verhandlungen über ein weitreichendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zu eröffnen. 2. Die Verpflichtung Rußlands, Italien dieselben Preisbedingungen und Vorteile wie anderen Ländern zuzugestehen. 3. Die Verpflichtung Rußlands, die Forderungen Italiens wegen der Rußland gewährten Kredite in billiger Veranlassung zu stellen. 4. Die Verpflichtung Sowjetrußlands und seiner Delegierten in Italien, sich jedes Versuches politischer Propaganda im Königreich zu enthalten.

Der interparlamentarischen Konferenz.

X Stockholm. „Socialdemokraten“ widmet den Teilnehmern an der interparlamentarischen Konferenz Begrüßungsartikel und behauptet das Fortbleiben der französischen und der belgischen Gruppe. „Svenska Dagbladet“ tritt scharf dafür ein, daß die Konferenz gegen diese Manifestation des Krieges nach dem Krieges ebenso wie gegen die verurteilte Forderung der deutschen Wissenschaft Stellung nehme. — Der deutsche Delegierte Schilling besprach in einem Interview die in der holländischen Presse gedruckte Anregung, durch ein Bekenntnis der deutschen Schuld am Krieg die Franzosen und Belgier milder zu stimmen. Er bezeichnet die Erfüllung dieser Anregung als unmöglich.

Ein Eisenbahnunglück in die Luft gekogen.

X Helsingfors. Bei Riga ist ein Personenzug, der auch Benzin beförderte, in die Luft geflogen. Von 82 Reisenden wurden 69 getötet.

Ein Feuerbrand in Konstantinopel.

X Konstantinopel. Eine Feuerbrandt geriet mehr als 1000 Häuser in Sturz. Militärtruppen sind zur Bekämpfung des Brandes aufgerufen worden. Auch mußten sie mehrmals von der Waffe Gebrauch machen, um Wünderungen zu verhüten.

Eisenbahnunglück bei Madrid.

X Madrid. In der Nähe von Madrid ist ein Personenzug mit einem Güterzug zusammengefahren, 4 Personen wurden getötet und mehrere schwer verletzt.

Kunst und Wissenschaft.

Carusos Reklafop — ein Wunderwerk der Natur. Das einzigartige Stimmphänomen Carusos war begründet in außergewöhnlichen körperlichen Mitteln, die ihm die Natur geschenkt hatte. Diese physiologischen Grundlagen seiner Kunst erörtert ein englischer Dilettant William Lloyd, der ihn viele Jahre beobachtet hat, in einem interessanten Aufsatz der „Daily Mail“. Die Vungen sind bekanntlich die Blasbalge, die die Luftmenge dem Körper zuführen, und von der Kraft dieser eingatmeten Luft hängt die Stärke und Länge der musikalischen Noten ab. Carusos Vungen waren so kräftig, daß er, wenn ein großer Steinmayer Konzertsänger gegen seine Brust gepreßt wurde, imstande war, den Flügel durch die Ausdehnung seiner Vungen einige Zoll weit zu bewegen. Die Kraft seiner Stimme war so groß, daß er durch sie flüssig Wasser im Sprechzimmer des Krates herab, wenn er bei der Untersuchung Löse mit seiner Stimme bildete. „Ich habe Carusos Reklafop sehr häufig untersucht“, sagt Lloyd, „und sie mit den Stimmorganen anderer großer Sänger verglichen. Ich fand dabei die folgenden Merkmale eines vollkommenen Gesangsorgans. Die Entfernung von den Zähnen bis zu dem Stimmritzen betrug bei Caruso wenigstens 1/2 Zoll mehr als bei jedem anderen großen Tenor, den ich untersucht habe. Eine zweite Eigentümlichkeit war die Länge der Stimmritzen, von deren Länge, Breite und Stärke die Tonhöhe der Stimme wesentlich abhängt. Die durchschnittliche Länge der lederen Stimmritzen betrug bei einem Manne 18 mm; Carusos Stimmritzen waren 1/2 Zoll länger als diejenigen jedes anderen Tenors, den ich gesehen habe. Die Flexibilität der Vibration der Stimmritzen ist ein anderer wichtiger Faktor, denn je höher die Note ist, desto schneller muß die Vibration sein. Caruso erreichte, wenn er sein wunderbares hohes C sang, die außerordentliche Vibrationszahl von 550 in der Sekunde. Andere Eigenschaften seiner vollendeten Gesangsstimme ist die Beschaffenheit der Reklafop, der Nase und der Kehle über dem Reklafop; auch hier waren die Verhältnisse bei Caruso die denkbar günstigsten, ja sein ganzer Körper scheint eine höhere Resonanzfähigkeit gehabt zu haben als der des gewöhnlichen Menschen. Wenn man an seine Reklafop schlug, so gaben sie eine höhere Note als sonst üblich ist. Einmal der größten Geheimnisse seiner wunderbaren Stimme war die Bildung des Reklafops, der an der Basis die war wie bei einem Dag, aber außerordentlich fein und hart an dem freien Ende. Zu diesen anatomischen Tatsachen kamen dann natürlich noch die geistigen und feilschen Eigenschaften, um den großen Sänger hervorzuheben. Aber der Tonapparat in Carusos Reklafop war so einseitig, daß ich ihn zu überreden suchte, er sollte seinen Reklafop dem italienischen Nationalmuseum vermachen, was er mir auch versprach.“

Wagner-Gedächtnisfeier. Ein halbjahrhundert nach ihrer Entstehung ist zum ersten Mal die Musik Richard Wagners in Wales erklingen und bildete den Mittelpunkt des großen waltischen Sängersfestes, das alljährlich die weltliche Ehre zum Weltbewusstsein vereinigt. Dieses nationale Fest, in dem sich die ganze Eigenart des Walfestums entfaltet, wurde diesmal dadurch verklärt, daß der Gesang der Rheinländer aus dem „Rheingold“ für die Damen Ehre als Aufgabe gestellt worden war. Sechs Ehre brachten Wagner Musik zu Gehör und ernteten großen Beifall. Nur bedauerte man, daß der Text nicht auch in Walfisch überetzt worden war, weil erst dadurch Wagner ganz „dem Reiten“ erobert worden wäre.

Zeit ist die richtige Zeit. Sänglingen hat der im Sommer gefahrdrohenden Ruhmlich das erprobte und seit 50 Jahren stets bewährte Reklafop Rinderweid zu reichen. Daselbst hat den Vortrag, niemals Verbauungsstörungen zu verursachen, dagegen aber bereits bestehende Magenbeschwerden zu beseitigen. Die von einem berühmten Rinderarzt verfaßte Broschüre über die Pflege des Rindes verlegt gratis und franco „Dinor“ Gesellschaft m. B. O. Berlin K. 12.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute unwiderruflich letzter Tag: „Aus meiner Sturmzeit.“
 Freitag bis Montag, den 22. August der gr. Wiesenthaler.
Das wandernde Bild.
 Ein Schauspiel von seltener Schönheit. In der Hauptrolle die beliebte Künstlerin **Mia May**.
 Vorstellungen Wochentags 7 und 9 Uhr, Sonntag ab 2^{1/2} bis 5 Uhr Jugend- und Familienvorstellung. Zur Aufführung gelangt das **Aus meiner Sturmzeit.** 5 Uhr: **Das wandernde Bild.**
 Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin **Mina Sed.**

Festprogramm
 der Schützengesellschaft zu Riesa.
 Freitag, den 19. August: Abends 8 Uhr **Paradeausgabe**.
 Sonnabend, den 20. August: Abends 9 Uhr **Jahresfest und Fackelzug**. Stellen abends 8 Uhr bei O. Thiere.
 Sonntag, den 21. August: Früh 6 Uhr **Wachruf**. Stellen früh 5 Uhr bei O. Weier. Nachmittags 1 Uhr **Stellen zum Festzug** im Hotel Köpfer. Nachmittags 2 Uhr **Beginn des Preischießens**.
 Montag, den 22. August: Vormittags 10 Uhr **Schützenfrühstück**. Nachmittags 2 Uhr **Fortsetzung des Preischießens**.
 Dienstag, den 23. August: Nachmittags 4 Uhr **Kinderspektakel**.
 Mittwoch, den 24. August: Abends 8 Uhr **Preisverteilung** mit anschließendem **Fränschen** im Schützenhaus.

Vereinsnachrichten
 Sängerfranz. Freitag, 19. 8. abends 7^{1/2} Uhr alle Sänger im **Lebenslokal** erscheinen (betr. Tr.-Gefang).
 Orpheus. Sommerfest betreffend. Es wird gebeten, freundlich zugesandte Ehrenpreise (Gegenstände oder Geldpreise) spätestens am 20. August bei Herrn Buchhändler **Blume** abzuliefern. Der Vergütungsausschuss muß sich am 21. August über den Umfang der Stiftungen im **Bilde** sein.
 Freie Vereinigung eben. 103er. Sonnabend abends 8 Uhr **Versammlung** im „Goldnen Löwen“. Erscheinen aller Kameraden erwünscht.
 Spielabteilung der Freien Turnerschaft Riesa-Gröba. Sonntag, den 21. 8., vormittags 9 Uhr im **Volkshaus** wichtige **Volksversammlung**.

Konditorei und Café Grube
 Kaiser-Wilhelm-Platz 2 — Fernruf 549.
 Morgen Freitag, 19. 8., abends 7^{1/2} Uhr:
„Künstler-Konzert“
 Klavier — Geige — Cello.
 Es ladet freundlichst dazu ein **C. Grube**.

Waldschlößchen Rödau.
 Sonnabend, 20. August, abends 7 Uhr:
Konzert- und Theater-Abend
 anlässlich der Sport-Veranstaltung des Sportvereins Rödau!
 Alle Freunde und Gönner herzlich eingeladen.
Die Postleitung.

Schützenhaus Riesa.
 Zum Schützen-Guten-Montag
 Sonntag, 21. August, ab 4 Uhr
 Montag und Dienstag ab 8 Uhr
Feine öffentliche Ballmusik.

Am 19. August beginnt ein Einführungskursus in die **Zählraumlehre** oder **Rechenlehre** mit anschließenden schriftlichen Übungen. Die Unterrichtsstunden finden jeden Freitag abends von 8-10 Uhr in der **Handelschule** statt.
Gabelberger Steuerg.-Verein Riesa.

Allgem. Ortskrankenkasse Riesa.
 Die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten zum **Ausschuss** der Allg. Ortskrankenkasse Riesa erfolgt am **Montag, den 3. Oktober 1921** in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags im **Volkshaus, Goethestraße 102, in Riesa**.
 Zu wählen sind: von den Arbeitgebern 20 Vertreter und 40 Erbkamänner, von den Versicherten 40 Vertreter und 80 Erbkamänner.
 Die Wahlberechtigten werden hierdurch aufgefordert, **Wahlvorschläge** bis Montag, den 6. September 1921 im **Geschäftsbüro** der Kasse, **Friedrich-August-Straße 22, Riesa** einzureichen. (Später eingehende Wahlvorschläge werden nicht berücksichtigt.) Die **Stimmenabgabe** ist an diese **Wahlvorschläge** gebunden.
 Zugelassene **Wahlvorschläge** sowie **Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse** liegen im **Geschäftsbüro** zur Einsicht für die Wähler aus. Etwaige **Einwendungen** gegen die **Nichtigkeit** der sich hieraus ergebenden **Wahl- und Stimmberechtigungen** sind bei **Vermeldung** des **Ausschlusses** spätestens 4 Wochen vor dem **Wahltag** beim **Kassenvorstand** einzulegen. Der **Wahlbeschluss** ist befristet, die **Wahl- und Stimmberechtigungen** jedes **Wählers** bei der **Wahlhandlung** zu prüfen.
Ausweise zur **Wahl** werden von der **Kasse** den **Arbeitgebern** zur **Ausgabe** an die **Versicherten** 2 Wochen vor der **Wahl** ausgestellt. Für **freiwillig** **Versicherte** genügt die **Abfertigung** als **Nachweis**.
 Die **Wahlvorschläge** der **Wahlberechtigten** müssen, soweit es sich um **Versicherte** handelt, von **mindestens** je 10 **Wahlberechtigten**, soweit es sich um **Arbeitgeber** handelt, von **mindestens** je 10 **Wahlberechtigten** mit **zusammen** **mindestens** 30 **Stimmen** **unterzeichnet** sein.
 Riesa, den 18. August 1921.

1 Posten Fahrrad-Mantel
 starke Gebirgsreifen (Drimaware) noch zu 75 M. abzugeben
L. Winkler, Hauptstr. 73.

Winkler & Schulz
 Spezialfabrik für **Kartei-Einrichtungen** und **Vertikal-Registrieren**
 Grimma, **Lobedstraße 9** — Fernruf 20.

KAPPEL-Schreibmaschine
 Erstklassig! Sofort lieferbar!
 Hauptvertrieb:
Friedrich Wolff
 Dresden-A., Neumarkt 4.
 Bezirksvertretung:
Richard Kalkus
 Grossenhain
 Amalienallee 31. Ruf 436.
 Maschinensabrik Kappel AG Chemnitz
 Modell II.

Allgem. Ortskrankenkasse Riesa.
 D. Schilbach, Vorsitzender.

Nickritz.
 Empfehle neue engl. Brat-, Döner-, geräuch., n. mar. u. Salzheringe, idgl. frische Fettbällinge, neue saure u. Senfheringe, n. prima Käse, sowie **Speck, geräuch. Fleisch, Würst, Schmalz, Nargaria** zum **Tagespreis**, sämtliches **Gemüse**, vorzügliche **Schokoladen** und **Kaffee**.
Ida v. Noßberg.

ff. neues Gauertraut
 empfiehlt
Alfred König,
 Großenhainer Str. 3.

Kartoffeln
 täglich frisch empfiehlt zentnerweise
H. Gruhle
 Blomardstr. 36a. Telef. 652.
 Auf Wunsch **liefern** frei Haus.

Täglich frische Fettbällinge, ff. Speckheringe, Schweineschmalz, ger. Speck, Tafel-Margarine
 in verschiedenen **Preisen**, **Goldener Tafelbutter**, Stück 15 Mark, **Aepfel, Birnen, Blumenkohl**, **Rindfleisch** in 2 Pfd.-Dosen, **Reberwurst** 2 „ „ **Stauwurst** 2 „ „ **div. Käse, saure Gurken**
 empfiehlt
Paul Pfeifer,
 Wettinerstr. 29. Tel. 147.

Eine Ladung Speisekartoffeln
 Zentner M. 73.— empfiehlt
Carl Pohlmann,
 Goethestr. 39. Telefon 715.

Morgen Freitag früh
ff. Seeaal ff. Rabliau.
Clemens Bürger.

Neue Kartoffeln
 rollen Sonnabend an und verkauft ab **Waggon** **Langenberg** 2 Zentner 65 M.
Witzbach, Glaußig.
 Telefon 740.
 Bestellungen werden jetzt schon entgegenommen.

ff. Schweine-ff. schmalz ff.
ff. geräucherten Speck, feinste **Reberwurst** (Ria-Df.) empfiehlt zum **billigsten Tagespreis**
Carl Pohlmann,
 Goethestr. 39. Telefon 715.

Freitag und Sonnabend früh
pa. Pferdefleisch- u. Buchverkauf.
Albert Weichhorn, Pferdegeschlächtere
 Gröba, Kirchstr. 10, Tel. 685.

Für all' die Liebe und Verehrung für unsere heimgeliebte **teure** **Enkelin** und für alle Teilnahme an unserm **Schmerz** sprechen wir unsern **tiefstempfundenen Dank** aus.
 Familien **Orist** und **Brüder** im Namen der übrigen **Unterbliebenen**.
 Riesa, den 18. August 1921.

Kußeisenverkauf.
 Wir stellen wieder **größeren** **Polen Eisen** in allen Größen zum **Einzelverkauf**! Der **Verkauf** findet täglich von 8 bis 4 Uhr auf unserem **Lagerplatz** **Gröba** neuer **Dafen**, **Eingang** **Olshaker Straße**, statt.
 Von **Montag**, den 22. August, ab erfolgt der **Verkauf** auch noch auf dem **Lagerplatz** der **Pfema** (Hinterm **Schlachtbof**, Telefon 454).
B. Stenien & Co., Riesa
Goldammer & Co., Riesa
 Telefon: Kontor 553, Lager 196.

Freibank Riesa.
 Sonnabend, 20. 8. 21, 8 Uhr
Verkauf von **Rindfleisch** zum **Preise** von 8 Mark.

Für die **Beweise** der **Liebe** und **Teilnahme**, sowie den **schönen** **Blumenschmuck** beim **Beimgange** meines **lieben** **Gatten**, unseres **guten** **Vaters**, **Schwiger**, **Großvaters** und **Bruders**
Friedrich Ernst Sucher
 sagen wir allen **Verwandten**, **Nachbarn** und **Bekanntem** unsern **herzlichsten** **Dank**. **Besonderen** **Dank** **Herrn** **Warrer** **Böhner** für die **tröstlichen** **Worte** am **Grabe**, sowie **Herrn** **Kantor** **Aröder** für den **erhebenden** **Gesang**. **Ferner** **Dank** **Herrn** **Baumelster** **Schneider**, sowie **seinem** **lieben** **Arbeitskollegen**.
Glaubig, den 18. 8. 1921.
 Die **trauernden** **Unterbliebenen**.

Wohlfühlerei Schützenstraße 19.
 Morgen Freitag früh von 7 Uhr ab
Fleischverkauf.
Otto Sundermann, Tel. 273.

Dienstag abend 9 Uhr verschied sanft nach **schweren** **Leiden** mein **lieber** **Mann**, unser **guter** **Vater**, **Sohn**, **Schwiger**, **Schwiger**, **Schwiger**, **Bruder**, **Schwager** und **Onkel**, der **penhonierte** **Kameraden**
Herr Heinrich Prieps
 im 49. Lebensjahre. In **tiefer** **Trauer**
Mina **Wied** **nebst** **allen** **Unterbliebenen**.
 Riesa, **Röderstraße** 18.
 Beerdigung **Sonnabend** 1 Uhr von der **Friedhofsballe** aus.

Hauptstraße **Kammer-Lichtspiele** **Hauptstraße**

Achtung! Achtung!
 Ab morgen Freitag bis Montag
 läuft der 3. Teil des großen
 Sittenfilms

Großstadtmädel

Verfluchen Sie nicht, sich diesen gewaltigen Sittenfilm anzusehen.
 Beginn der Vorstellung täglich 7^{1/2} Uhr.
 Raufführung 7^{1/2} Uhr.

Heute bleibt das Theater geschlossen.
 Um gütigen Zuspruch bittet der **Verfasser**.

Grosstadtmädels
 3. Teil



Hausbesitzerverein Weida.
 Sonnabend, 20. 8., abds. 8 Uhr
Versammlung
 im **Waldhof** **Seebewig**. **Nicht**
unten der **Mieten** **bett**.
Der **Vorstand**.

Thiemes Tanzstunde Gröba.
 Sonnabend, den 20. August
Katerbammel
noch **Strahle**.
 Treffpunkt 7^{1/2} Uhr **Strohloer**
Straße. **Geldent** **mitbringen**.
Gäße **willkommen**.
Der **Vorstand**.
 Die **heutige** **Kr.** **umfacht**
 3^{1/2} **Wochen**.

Lloyd Georges Mittelweg.

Lloyd Georges Unterhausrede geht besonders im zweiten Teile sehr wesentlich über das, was bisher zur Pariser Konferenz des Obersten Rates bekannt geworden ist, hinaus. Sie stellt gewissermaßen ein Programm für die künftige englische Politik gegenüber Deutschland dar und bewegt sich in dieser Hinsicht im bewährten Gegensatz zu Frankreich, trotz der nominellen Aufrechterhaltung der Entente cordiale. Lloyd Georges bewußt sich wieder einmal als ein außerordentlich geschickter Taktiker und ihm muß zugestanden werden, daß die Zeit noch lange nicht reif ist für eine getrennte Politik der europäischen Staaten. Auch für Deutschland ist eine getrennte englische Politik innerhalb der Entente weitaus wertvoller, als es eine Sonderunterstützung durch England wäre, auf die wir gegenwärtig überhaupt nicht sicher rechnen könnten. Wenn Deutschland die Revision des Vertrages von Versailles erstrebt, so ist das Samenorn, das auf dem Boden der Entente Wurzel faßt, ein günstiger Faktor in der Politik, als eine akute Feindschaft mit Frankreich und dazu würde eine englische Sonderpolitik naturgemäß führen müssen. Nur der ist von Lloyd Georges Rede nicht beirrt, der sich in den Traum versetzt, daß England würde deutsche Politik treiben und auch in Lloyd Georges Standpunkt gibt es für uns mehrfach herbe Enttäuschung. Aber das Wesentliche ist doch, daß eine europäische übertragende Großmacht zu der Einheit gekommen ist, daß man den Krieg nach dem Frieden doch allmählich ablassen muß und daß diese Einsicht auch bei der englischen Regierung aufzukommen beginnt, das ist das große Aktuum der deutschen Politik, das wir nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Lloyd George gibt aber nicht nur im Namen Englands eine Interpretation des Friedensvertrages, sondern er kann auch gleichzeitig im Namen von Italien und Japan sprechen, die sich auf den englischen Standpunkt gestellt haben und in der oberösterreichischen Frage ein hartes Gegengewicht gegen Frankreich einbringen. Lloyd Georges Rede ist ein sehr geschickter Eingriff in die Angelegenheiten zwischen den Alliierten erzeugt hat, brauchen wir nicht erst der Rede Lloyd Georges zu entnehmen. Das geschickte Kompromiß über die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen legte bereits ein deutliches Zeugnis ab und daß neue Verhandlungen von England auch wegen der Aufhebung der militärischen Sanktionen eingeleitet werden, das beweist gar deutlich, daß man in England mit der halben Regelung durch den Obersten Rat durchaus unzufrieden ist. Weder war nicht zu erreichen gewesen, und wenn es auch für Deutschland schmerzhaft ist, daß die Aufrechterhaltung der Einheit zwischen den Alliierten auf seine Kosten geht, so ist doch nicht zu verkennen, daß gegenüber den bisherigen Kompromissen zwischen der Entente, in denen auch England seinen Willen kundtat, Deutschland zu belassen, die heutige Politik unter wesentlich günstigeren Vorzeichen steht.

Jedenfalls tritt bei Lloyd George deutlich die Absicht hervor, Deutschland von unnütigen Lasten und unnütigen Forderungen zu entlasten. Spät kommt die Einsicht, daß die Kosten der vielverzweigten Kontrolle eine nicht zureichende Härte bilden und daß sie unnützig Deutschland die Möglichkeit erschweren, den Versailler Vertrag zu erfüllen. Schrittweise muß auch Lloyd George gegenüber Frankreich vorgehen, da die öffentliche Meinung in Frankreich für eine neue Friedensära absolut nicht geeignet ist. Ob die Furcht Frankreichs für seine Sicherheit echt oder gemacht ist, darüber enthält sich Lloyd George jeden Urteils. Und die Furcht der Franzosen ist so eigenartig, daß es nicht gerecht, zu mindern aber nicht Flug wäre, die französische Angsttheorie nur für Einbildung zu halten. Lloyd George will jedenfalls den Weg geben, daß er Frankreich alle möglichen realen Garantien anbietet, um vor einer Friedensänderung durch Deutschland sicher zu sein, aber er sieht diesen Weg auch darin, Deutschland Garantien zu schaffen, daß es nicht nur ein Spielball eines herrsch- und deutlicheren Frankreichs sei. Jedenfalls hat England darin Recht, daß es für Frankreich eine größere Sicherheit bietet, wenn verständnisvoll auf die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands eingegangen wird, als daß Deutschland dauernd unter die Fänge getreten und seine gerechte Empörung immer wieder aufgereizt wird. In diesem Sinne denkt Lloyd George auch im Zusammenarbeiten mit Frankreich eine erhöhte Sicherheit für den Frieden Europas zu schaffen und seine Unterhausrede ist deutlich erkennbar an die Adresse des französischen Volkes gerichtet, um durch die öffentliche Meinung Frankreichs eine verständlichere Politik der französischen Regierung herbeizuführen. Die Tendenz der Politik Lloyd Georges, das französische Volk zur Einheit zu bringen, damit es sich nicht aus der Revanche-Idee in eine neue Idee eines abwehrnden Angriffskrieges hinstürzen, ist auch von deutscher Seite zu begrüßen.

Die Stellung der Reichsregierung zur oberösterreichischen Frage.

18. Berlin, 17. August.

Der Reichstagspräsident empfing heute einen Vertreter der „Völkischen Zeitung“ und machte ihm zur oberösterreichischen Frage folgende Mitteilungen:

Sie fragen mich, welchen Standpunkt die Reichsregierung zu der neuartigen Wendung in der oberösterreichischen Frage einnimmt. Ich will zunächst eine tatsächliche Feststellung machen. Aus dem vom französischen Ministerpräsidenten unserem Geschäftsträger in Paris überreichten Schreiben haben wir lediglich erfahren, daß der Oberste Rat die Grenzfestsetzung in Oberösterreich verweigert hat. Ueber die Bestimmung des Sitzes der Regierung hat man uns Mitteilung nicht gemacht, jedoch ist mir in diesem Punkte Zurückhaltung anferlegen, bis sich eine Klarheit über verschiedene rechtliche und tatsächliche Fragen ergeben hat, die aus der Beziehung einer neuen, wenn auch vielleicht nur beratenden oder gutachtlichen Funktion erwachsen können.

Rückfalllos dagegen kann ich mich über die oberösterreichische Frage an sich und über die Stellung der Reichsregierung dazu auch in dieser neuartigen Phase äußern. Die oberösterreichische Bevölkerung und das ganze deutsche Volk haben die Entscheidung des Obersten Rates zwar mit klopfendem Herzen, aber mit Zuversicht erwartet. Wir hatten das Gefühl, daß der unauflösbare Rechtsstandpunkt, auf den sich unser Anspruch auf Oberösterreich gründet, und die offene Politik, die die Reichsregierung vertritt, nicht ohne Eindruck in der Welt bleiben konnten. Wir durften hoffen, daß die historische, kulturelle und wirtschaftliche Bestimmung Deutschlands auf Oberösterreich anerkannt werden wird, welche die Zuteilung Oberösterreichs an das Deutsche Reich zur Notwendigkeit macht.

Es handelt sich bei der Entscheidung über Oberösterreich nicht darum, in Verfolgung imaginärer Sonderinteressen im Osten Deutschlands einen Mißstand entstehen zu lassen,

Briand antwortet Lloyd George.

Der Standpunkt Frankreichs in der oberösterreichischen Frage.

Savas meldet aus Paris: Ministerpräsident Briand gab am Mittwoch Pressevertretern gegenüber folgende Erklärungen ab:

„Offen gestanden fühle ich keinerlei Neigung, die Streitigkeiten über den Obersten Rat noch fortzusetzen. Sie haben schon mehr als lange genug gedauert. Im übrigen ist der ganze Streitfall dem Obersten Völkerbundsrate zur Entscheidung eines Gutachtens unterbreitet, und dieser Rat besteht aus den Vertretern von acht Ländern, die alle Völkern die volle Unabhängigkeit gewähren. Sie werden nach ihrem Gerechtigkeitsgefühl eine Grundlage für das Gutachten finden, die dem Wortlaut und dem Geiste des Friedensvertrages entspricht. Ich meinerseits habe vollkommene Vertrauen zu diesen Männern. Ich beweihe damit erneut, daß die französische Regierung trotz aller falschen Behauptungen in diesem Falle vollkommen unbefangenen ist.“

Auf die Bitte eines Pressevertreters, in wenigen Worten seine Auffassung über die Rede Lloyd Georges im Unterhause mitzuteilen, erklärte Briand:

„Die Rede des englischen Premierministers gleicht ganz genau der Rede, die er im Obersten Rat gehalten hat. Er verteidigt seine Auffassung, aber es bleibt dabei, daß dies in keiner Weise der französischen Auffassung Abbruch tun kann. Es ist ein großer Irrtum, wenn Lloyd George unsere Haltung einseitig und allein unserer Sorge um unsere Sicherheit zuschreibt. Wir sind genau so gut wie ein einziger Anhänger des Gedankens der Gerechtigkeit und der Durchföhrung des Friedensvertrages. Eine Meinungsverschiedenheit besteht dagegen in der Art und Weise, wie er den Art. 88 auslegt und vor allem in dem Geiste, in dem über die Volksabstimmung entschieden worden ist. Die Tagung des Völkerbundes wird unsere Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage beilegen. Im Obersten Rat waren wir eigentlich nur in zwei Punkten vollständig einig. Unsere Sachverständigen, vor allem Dingen die juristischen, hatten einstimmig folgende Feststellungen getroffen:

1. Der Friedensvertrag steht grundföhllich und tatsöchlich eine Teilung Oberösterreichs vor.
2. Für diese Teilung, die nach der Abstimmung der Bevölkerung erfolgen soll, werden die ethnographischen Verhältnisse entscheidend sein.

Betrachten wir nun einmal die Ergebnisse der Abstimmung unter Berücksichtigung der geographischen Ergebnisse, die im Art. 88 vorgezeichnet sind. Wenn man eine Karte von Oberösterreich ansieht, und darauf nach der ersten Eingebung der Logik und nach einem kurzen Ueberblick das Land in zwei Hälften teilt, so sieht man

der in erster Linie der Bedrohung Deutschlands dienen soll. Eine derartige Maxime wäre geföhrlich und für den europäischen Frieden verhängnisvoll. Leider wurde die Entscheidung erzwungen und die oberösterreichische Frage, die seit über 1 1/2 Jahren eine arbeitsame Bevölkerung in Bewirung und die ganze Welt in Atem hält, bleibt vorläufig eine schwere Bedrohung des Weltfriedens.

In dem Schreiben, in dem der Oberste Rat die Vertagung der Entscheidung mitteilt, wird verkündet, daß der Wunsch möglichst kurz sein werde. Ich erkläre darin ein stilles Eingeständnis, daß man sich an Oberösterreich an das Schwerte verhängt, wenn man es noch lange in dieser schwebenden Weise läßt, und wenn man dem unglücklichen Lande noch nicht sein Recht gibt. Wir föhleren uns der Verantwortung an die Oberösterreicher, Ruhe und Besonnenheit zu wahren, voll an und brauchen uns in dieser Beziehung weder etwas vorzusetzen, noch uns zur Initiative treiben lassen. Auch die Bevölkerung im übrigen Deutschland folgt verständnisvoll und diszipliniert der Parole, die wir ausgesprochen haben, durch keinerlei gewalttätige Handlung das Recht zu tröben, auf dem wir diesen geistespolitischen Kampf bisher geföhrt haben. Wir haben von allem Anfang an darauf aufmerksam gemacht, daß die oberösterreichische Frage keine rein deutsche Angelegenheit ist, in der leichtfertig gegen die Besiegten unter dem Vorwande von victis entscheiden werden kann; wir haben darauf hingewiesen, daß es eine europäische Frage ist, denn es könnte sich an Oberösterreich ein neuer großer Brand entzünden, wenn die Gewalt über die Selbstbestimmung der Bevölkerung triumphierte würde.

Jetzt hat man von Europa an die Welt, an die Gesamtheit der Nationen appelliert: der Weltfrieden und das Weltgelingen können eine ungedeihte Lösung der oberösterreichischen Frage nicht ertragen. Wenn diese beiden Begriffe Wert haben, wenn sie keine Scheinwerte sind, deren sich lediglich die Propaganda bedient, dann brauchen wir auch heute nicht zu verzagen. Der Streitgegenstand Oberösterreich stellt sich nicht als irgendeine Grenzfrage dar, sondern das Schicksal dieses Landes ist mit dem Weltfrieden und von jetzt ab auch mit dem Ansehen des Völkerverbundes, wie immer man auch über sein bisheriges Wirken denken mag, aufs Innigste verknüpft. Seine Prinzipien, die von der gesamten Kulturwelt anerkannt werden, beruhen auf der Ueberzeugung: Der Frieden ist besser als der Krieg, und man muß ihn mit allen Mitteln erhalten und in der Erkenntnis, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völkern zu achten ist und kein Volk gezwungen werden darf, unter anderen als selbstgewählten Regierungen und unter anderen als eigenen Gesetzen zu leben. Zu dem Grundsatze, daß man Völkern nicht wie Steine auf dem Schachbrett hin- und herziehen dürfe, bekennen sich alle Nationen. Bei diesen Prinzipien des Völkerverbundes muß Oberösterreich deutsch bleiben, denn die Bevölkerung will es, wie die Abstimmung beweisen hat. Wer wenn so das Selbstbestimmungsrecht hungert und in veräußelter Auslegung geschützt wird, läßt sich eine friedliche Lösung der nationalen Gegensätze an den sehr schwierigen deutschen Ökonomie auslassen; andernfalls würden neue Vermittlungen unabweisbar sein. Die Entscheidung über Oberösterreich kann nicht anders fallen, als im deutschen Sinne.

Die Rede Lloyd Georges.

Lloyd George führte in seiner Unterhausrede über die Pariser Beratungen weiter aus: Es besteht kein Zweifel, daß auch die Frage der Sanktionen, die Deutschland auferlegt worden seien, schwierig gewesen sei und daß die wirtschaftlichen Sanktionen nur gerechtfertigt seien, wenn Deutschland bessere Abmachungen abgelehnt hätte. Deutschland aber tue sein Bestes, um seine Verpflichtungen durchzuführen. Die Alliierten seien daher übereingekommen, eine

1. daß nach den Ergebnissen der Abstimmung der westliche Teil, der nach Deutschland zu liegt, eine deutsche Mehrheit hat,

2. daß der östliche Teil nach Polen zu eine polnische Mehrheit hat.

Von der ersten Minute an hatte Frankreich vorgeschlagen, daß die Teilung nach dieser Feststellung erfolgen solle. Es wird eine schwierige Aufgabe sein, zu behaupten, daß eine solche Teilung einen Vorteil gegen den Wortlaut und vor allem gegen den Geist des Friedensvertrages darstelle. Aber man hat uns eingewendet, daß Art. 88 in erster Linie auch die wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt wissen müsse und daß es Pflicht der Verhandlungen sei, auch diesen Gesichtspunkt im Auge zu behalten.

Es handelte sich sodann darum, festzustellen, was man unter dem Titel Industriegebiet verstehen wolle. Wir vertraten den Standpunkt, daß die Grenzen die Grundlage für jede Fabrik seien, daß nur sie einen Betrieb entwickeln und fördern können, und daß deshalb die wirtschaftlichen Verhältnisse, die im Art. 88 vorgezeichnet sind, sich auf die ganze Grenzgegend erstrecken müssen. Wenn man nun die Stimmen berechnet, die in diesem Teile Oberösterreichs abgegeben worden sind, so kommt man zu der Feststellung, daß die Polen dort unbestreitbar die Mehrheit haben. Man wird zugeben müssen, daß diese Aufassung und Beweisführung durchaus dem Friedensvertrage entspricht und daß Frankreich diesen Standpunkt vertreten konnte, ohne irgendwie gegen den Geist der Gerechtigkeit zu verstoßen.

Die englische Delegation wollte sich jedoch dieser Aufassung nicht anstellen. Deshalb wurden die Sachverständigen beauftragt, die Grenzen eines äußerst beschränkten Industriegebietes festzusetzen und dann Gründe vorzulegen, ob dieses Gebiet teilbar sei oder nicht. Die Engländer sagten „nein“, wir sagten „ja“. Die gleiche Uneinigkeit stellte sich heraus bei der Aufgabe, den östlichen Teil des polnischen Gebietes heranzustellen, das dem östlichen Gebiete das der Industrie unentbehrliche Wasser liefert. Sodann, als die Frage der Zinbergwerke und der Zinnfabriken geregelt werden sollte, und ich mich von der Frage der Eisenbahnen nicht sprengen. Das sind die Hauptgründe unserer Uneinigkeit. Ich könnte nicht zugeden, daß aus dem Geiste des Vertrages heraus, der die Schuld Deutschlands am Kriege ausdrücklich anerkennt, Deutschland eine große Mehrheit polnischer Stimmen erhalten sollte, während Polen selbst nur einen verschwindend kleinen Teil deutscher Stimmen erhalten würde, und das nur deshalb, weil Deutschland vor fünfzig Jahren mit den Russen, die es Frankreich abgerungen hatte, eine Industrie in einem Gebiete hergestellt hat, das ethnographisch rein polnisch war. Das ist der Meinungsunterschied, der jetzt vor dem Völkerverbund gebracht worden ist.

Briand schloß mit den Worten: Von jetzt an erlege ich mir Schwierigkeiten auf, und ich will nicht dazwischen sein, der das Schmeißen droht.

Verlängerung dieser letzten Resolution aufzugeben. Die Frage der militärischen Sanktionen werde dem militärischen Ausschusse, der seine Sitzungen in Paris abhalten werde, überlassen werden. Es besteht die Absicht, sie bei der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates zu behandeln. Es herrsche allgemein die Ansicht, daß die Zeit für eine allmähliche Überabsetzung der Deutschland durch die Befragung und die Kontrolle auferlegten Lasten gekommen sei. Die Angaben dafür verlässlichen Schätze. Ungeachtet dessen hätten die Ausgaben für die Befragung und Kontrollkommissionen Deutschlands seit das ganze Geld verschlungen, das für Reparationszwecke verfügbar werden könnte. Es besteht kein Zweifel, daß sie aus einem Zustand dauernder Erregung wackeln. Deutschland ist jetzt erschöpft und liegt darnieder. Die Alliierten hätten beschloffen, einige der Kontrollkommissionen allmählich, soweit es möglich sei, zu vermindern. Was die Sicherheit Frankreichs betreffe, so hänge die wahre Sicherheit Frankreichs von drei Dingen ab, erstens von der Erhaltung der Sicherheit Frankreichs, darauf habe die britische Delegation bei allen Zusammenkünften des Obersten Rates bestanden. Wenn jedoch diese Maßnahmen einmal verschwunden seien, sei es unmöglich, Rüstungen heimlich herzustellen. Nichts gehehe innerhalb des Deutschen Reiches, was den Alliierten nicht bekannt sei. Der zweite Umstand, von dem die Sicherheit Frankreichs und Europas abhängt, sei der, daß Deutschland sich des Ruins bewußt werde, den der Krieg Deutschland zugefügt habe. Drittens hänge die Sicherheit Frankreichs davon ab, daß jedem Angreifer zum Bewußtsein gebracht werden müsse, daß er sich die ganze Welt zum Feinde mache.

Ueber die türkisch-griechische Frage sprechend, sagte Lloyd George, der einzige Weg sei, beide Parteien ihre Kämpfe aussetzen zu lassen. Der Krieg habe ein Verbleib, er zwinge zur Achtung vor Tatsachen. Die Griechen und auch die Türken würden leichter zu behandeln sein, wenn ihnen die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gründlich und deutlich zum Bewußtsein käme. Wenn diese Zeit komme, so zweifle er nicht daran, daß der Vertrag von Sevres geändert werden müsse. Lloyd George sagte, Wahnsinn im Siege ist für eine Nation noch wichtiger als der Sieg selbst.

Dann wandte er sich der Frage der russischen Hungersnot zu, welche die fürchtbarste Heimtuchung sei, welche die Welt seit Jahrhunderten betroffen habe. Soeben sei ein Telegramm der britischen Handelsvertretung in Moskau eingetroffen, das besage, daß 25 Millionen Menschen Hunger bedürften, 80 % davon seien Kinder. Das sei die Lage, die in dem antiken Telegramm geschildert werde. Die Sowjet-Regierung gebe zu, daß man die russischen Bauern dazu bewegen müsse, ihr Getreide abzugeben und daß der einzige Weg dazu die Beschaffung von Waren für die Bauern sei. Für die Beschaffung von Waren gäbe es nur einen Weg, nämlich das Vertrauen der Handelswelt wieder zu gewinnen.

Sodann schilderte Lloyd George die Not, die der Krieg in allen Ländern zurückgelassen habe und erklärte unter Weisfall, die Washingtoner Abrüstungskonferenz komme nicht eine Stunde zu früh. Jedoch auch sie würde nicht genügen, wenn nicht eine dauernde Wachsamkeit verbündeter Nationen in der Welt bestände — welche Gestalt auch dieser Vorstoß nehmen möge —, die eine Gewähr dafür biete, daß Gorgis und Gorgier niemals wieder die Welt in diesen Kampf des Glubs stürze. (Großer Beifall.)

Die Aussprache über Lloyd Georges Rede.

Manich bezeichnet die Rede Lloyd Georges als die beständigste Erklärung über die internationale Lage seit dem Waffenstillstand. Er begrüßte die bevorstehende

Aufhebung der Deutschland auferlegten wirtschaftlichen Sanktionen und sagte, er hoffe, daß die Aufhebung der militärischen Besetzung bald folgen werde. Hinsichtlich erklärte, in dem türkisch-griechischen Konflikt müßten die Alliierten strengste Neutralität wahren und soweit wie möglich das Gebiet auf die engsten Grenzen begrenzen. Hinsichtlich fragte bezüglich der oberösterreichischen Frage, ob nach Ansicht Lord Georges die Deutschen und die Polen Gelegenheit erhalten würden, ihren Fall zu unterbreiten. Lord George nicht zustimmend. Auf die Frage, ob die Deutschen in dieser Hinsicht in genau dieselbe Lage versetzt werden würden, wie Polen, obwohl Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes sei, nicht Lord George, wie es den Anschein hatte, ebenfalls zustimmend.

Thomas erklärte, die Ansicht der Arbeiterpartei sei, daß Lord George bei seiner Äußerung über die oberösterreichische Frage die überwältigende Mehrheit des europäischen Volkes hinter sich habe, daß der Meinung sei, daß die französische Ansicht von einem zerstückelten und niedergedrückten Deutschland den besten Interessen Englands und dem künftigen Weltfrieden widerspreche. Thomas behauptete, daß Lord George es als notwendig befunden habe, die finanziellen Verpflichtungen Russlands zu erwähnen.

Barnes erklärte, die Sicherheit Frankreichs beruhe nicht in der Zerstückelung Deutschlands, sondern in der Schließung von Freundschaften in der ganzen Welt.

Tom Shaw erklärte, er fürchte, die dem französischen Vorgehen zu Grunde liegende Politik sei nicht durch die Furcht vor Deutschland eingeleitet, sondern von dem Bedenken, Bergwerke und Land an sich zu reißen, und die hauptsächlichsten Mineralstoffe Europas zu kontrollieren.

Die Ententevertreter im Berliner Auswärtigen Amt.

In Vertretung der Berliner Vorkonferenzen der Alliierten Mächte, die zur Zeit von Berlin abwesend sind, haben Mittwoch vormittag die Geschäftsträger der Alliierten im Auswärtigen Amt vorgelesen, um an die deutsche Regierung das angekündigte Ersuchen zu richten, alle diejenigen Maßnahmen zu treffen, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien dienlich sind.

Deutsch-polnische Verhandlungen in Oberschlesien.

Nach Kattowich wird gemeldet: In Verfolg einer Vorbesprechung, die am 12. August auf Anregung des Obersten polnischen Volksrates zwischen Deutschen und Polen stattgefunden hatte, fand Dienstag in Kattowich eine Versammlung der Führer aller deutschen und polnischen Gewerkschaften und Parteien statt. Nach eingehenden Besprechungen wurde beschlossen, getrennte Aufrufe gleichzeitig in deutschen und polnischen Zeitungen an die oberösterreichische Bevölkerung zu richten. Die Aufrufe sollen die Notwendigkeit einer Überbrückung der nationalen Gegensätze betonen, sich gegen jede gewalttätige Lösung der oberösterreichischen Frage sowie gegen Gewalttätigkeiten und Drohungen jeder Art erklären und die Bildung paritätischer Ausschüsse ankündigen, die dafür sorgen sollen, daß Ordnung und Sicherheit wieder hergestellt werden. Die Bildung dieser paritätischen Ausschüsse hat bereits begonnen.

Zwei italienische Bataillone nach Oberschlesien.

Ein Telegramm einer französischen Nachrichtenagentur aus Rom meldet, daß zwei italienische Bataillone als Verstärkung nach Oberschlesien abgegangen seien.

Die Einberufung des Völkerbundesrates.

Wie Davos mitteilt, soll Baron Isbili, nachdem in den letzten Tagen ein lebhafter Meinungsaustausch stattgefunden hat, und hauptsächlich infolge der am 17. August zwischen den Mitgliedern des Völkerbundes in Paris abgehaltenen Besprechungen beschlossen haben, die ursprünglich auf den 1. September festgesetzte Session des Völkerbundes auf einige Tage früher zu verlegen. Der Rat soll in Genf gegen den 25. August zusammentreten. Auf der Tagesordnung wird in erster Linie die Prüfung der oberösterreichischen Frage stehen.

Besprechungen des Reichskanzlers mit Parteiführern.

Der Reichskanzler hatte gestern längere Besprechungen mit einzelnen Parteiführern, insbesondere mit Vertretern der D. S. V. und der U. S. V. über die innen- und außenpolitische Lage. Die für gestern nachmittags in Aussicht genommene Kabinettsitzung hat nicht stattgefunden.

Die Heranziehung der Sachwerte für die neuen Steuern.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung bekämpft die Vorkonferenz, daß im Zuge der vorliegenden Steuerpläne Ermäßigungen eine Rolle spielen, wie man die Sachwerte bezw. die Goldwerte zur Deckung unserer Verpflichtungen der Entente gegenüber nutzbar machen könnte. Das Blatt fügt hinzu, daß über den ganzen Komplex der Heranziehung und Verwendung der Sachwerte für die neuen Steuern noch innerhalb des Kabinetts beraten werde.

Irland nimmt die englischen Bedingungen nicht an.

Im Sinnfeiner-Parlament in Dublin erklärte de Valera: Wir können die englischen Bedingungen nicht annehmen und wollen sie nicht annehmen. Irland wird nicht das Statut eines britischen Dominions angeboten. Die Iren beabsichtigen, mit aller Kraft Widerstand zu leisten und sind bereit, den unvernünftigen Ansprüchen Englands entgegenzutreten. Die Iren sind bisher nicht vor der Gewalt zurückgeschreckt, sie werden auch jetzt nicht zurückweichen, weil mehr Waffen herbeigerufen worden sind.

Die Republik Baranya.

Die serbisch-ungarische Republik, die in dem von Serben, Deutschen und Ungarn besetzten Teile Baranya des Banatgebietes in der Sonntagssitzung der Kommandanten ausgerufen wurde, hat sich unter das Protektorat Serbiens und unter dem Schutz der kleinen Entente gestellt. Die Ausrufung wurde der serbischen Regierung und dem Obersten Rat in Paris bekannt gegeben. Die Bevölkerung der Baranya-Republik will mit der Waffe in der Hand die Ankunft der ungarischen Truppen verhindern. Überall werden Nationalgarde gebildet, in denen sich serbische Freiwillige aus Baranya und anderen Teilen des Staates anmelden. Überall herrscht große Begeisterung.

Die Vorkonferenz in Paris hat Mittwoch nachmittags unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung abgehalten. Sie nahm Kenntnis von dem Telegramm, das sie aus Baranya erhalten hat, wo eine kommunistische Republik proklamiert worden ist. Die Konferenz hat beschlossen, sofort in bestimmter Richtung zu unternehmen, um die serbische Regierung an die Notwendigkeit zu erinnern, den Bestimmungen des Vertrages von Trianon zu entsprechen und die angestrebte

Wiederherstellung zu fördern. Ungarn wird gleichzeitig an die früheren entsprechenden Noten erinnert.

Die weimarerische Frage.

Nach einer Meldung des Ungar. Korrespondenten erklärte der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen in einer in Eisenburg gehaltenen Rede: Ungarn habe in der weimarerischen Frage alles versucht, um mit Österreich ein gütliches Übereinkommen zu treffen. Nun sei die ungarische Regierung an der äußersten Grenze der Rücksichtseligkeit angelangt. Wenn Österreich auch diesmal die dargebotenen Freundschaftshandlungen nicht annehmen werde, werde Ungarn auch vor Retorsionen nicht zurückweichen.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Nach den amtlichen griechischen Berichten über die Lage an der kleinasiatischen Front vom 14. August haben die griechischen Truppen ihren Vormarsch wieder aufgenommen und zunächst nach unbedeutendem Widerstande vorgeschobene Posten des Feindes in einer Linie ungefähr 70 Kilometer nördlich von Eski Schehir genommen. Der Vormarsch wurde dann weiter fortgesetzt und dabei Elmir Schir genommen.

Nach einer Kavalleriemeldung aus Kisten haben die Kemalisten die Gegend bei Ismid geräumt.

Die interparlamentarische Konferenz.

Die Verhandlungen der interparlamentarischen Konferenz wurden Mittwoch vorm. im Reichstagsgebäude in Stockholm in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Ministers des Auswärtigen eröffnet. Abordnungen waren erschienen aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Japan, Deutschland, Österreich, Dänemark, Großbritannien, Finnland, Italien, Norwegen, Holland, der Schweiz und Schweden. Zu Beginn der Konferenz forderte der Vorsitzende des interparlamentarischen Rates Lord Balfour die Teilnehmer im Namen des Rates den Freiherren von Adelshörsch-Schweden auf, als Präsident bei den Verhandlungen der 19. interparlamentarischen Konferenz zu fungieren. Freiherr von Adelshörsch hielt darauf eine Ansprache, in der er nach Begrüßung der Teilnehmer zunächst daran erinnerte, wie die Konferenz, die im Jahre 1914 hätte stattfinden sollen, im letzten Augenblick nicht eröffnet wurde. Die Union war infolgedessen nicht berechtigt, vor dem Vorkriegsstand zurückzuweichen, das ihr durch den Kriegsausbruch gestohlen war. Hoch habe sie eine Aufgabe zu erfüllen, und sie müsse ihre Kräfte mit noch größerer Energie und größerem Optimismus aufwenden denn je. Freiherr von Adelshörsch wies darauf hin, wie der Völkerbund ohne Mitwirkung der interparlamentarischen Union zustande gekommen sei. Aber die Union dürfe sich nicht denen anschließen, die nur Mängel des Völkerbundes sähen, wenn er auch zugebe, daß der Völkerbund unvollkommen sei. — Redner erörterte darauf die Vorkonferenzfrage und die Rechte der Nationalitäten und betonte, daß die Rechte der Nationalitäten und der Völker eine genau festgelegte Grundlage haben müßten. Zum Schluß hob Freiherr von Adelshörsch hervor, daß die Union den Völkerbund unterstützen müsse, in dem er einen der Gedanken der Union wenn nicht verwirklicht, so doch möglich gemacht erblicke. Im Namen der schwedischen Regierung begrüßte Ministerpräsident von Sadow die Teilnehmer der Konferenz und gab einen Überblick über die schwedische auswärtige Politik während des Weltkrieges. Lord Balfour dankte dem Freiherrn von Adelshörsch für seine Rede über die interparlamentarische Union und den Völkerbund. Auch dieser Redner betonte die Unvollkommenheit des Völkerbundes in seiner jetzigen Gestalt. Der Völkerbund würde erst dann die Wünsche der Interparlamentarier verwirklichen, wenn diejenigen Nationen sich ihm anschließen, die jetzt noch zögerten. Balfour wandte sich dann an die amerikanische Abordnung und betonte, daß man ihre Vorschläge mit größter Sympathie und Aufmerksamkeit berücksichtigen werde. Zum Schluß erklärte der Redner, daß es seiner Ansicht nach nicht mehr möglich sei, Deutschland aus dem Völkerbund auszusperren, und richtete einen warmen Appell an Amerika, sich nicht der Zusammenarbeit bei der Schaffung einer universellen Organisation für die Erhaltung des Friedens zu entziehen.

Gemeinden stellen die Zahlungen ein.

Wie die Berliner Blätter aus Böhmen melden, haben 50 Landgemeinden des Kreises Sonnenberg die Einziehung der Zahlungen beschlossen. Als Grund dieses Beschlusses wird die unzureichende Zuweisung von Mitteln seitens des Reiches und die Schwierigkeiten bei der Aufnahme neuer Anleihen angegeben.

Die Tagung des Ausschusses des deutschen Beamtenbundes.

Der Ausschuss des Deutschen Beamtenbundes ist am Dienstag am Schluß seiner zweitägigen Beratung zu dem Ergebnis gekommen, den geplanten Anschluß an den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund zu verweigern. In einer Erörterung dieser Angelegenheit ist es jedoch auf dem zweiten und letzten Verhandlungstage des Bundesausschusses nicht gekommen, nachdem Bundesdirektor Kemmerer in seinem ausführlichen Bericht zu einem ablehnenden Schluß gekommen war. Bei allem Willen zur Verständigung mit der Arbeiterpartei können die Beamten jedoch nicht soweit gehen, aus Rücksicht auf die Arbeiterpartei ihre eigenen wichtigsten Belange preiszugeben. Die Beamtenpartei befürchtet sich zu der Form, welche Arbeiter, Angestellte und Beamte zu einer parteipolitisch unabhängigen zentralen Organisation zusammenfassen will. Wenn diese Neutralität bei den Arbeitern und Angestellten sich nicht durchsetzen würde, so sei damit noch nicht bewiesen, daß dieser Grundsatz für die Beamten unrichtig wäre. Oberster Grundsatz der Beamten sei, unter allen Umständen als Beamte vereint zu bleiben. Die Beamtenpartei werde auch in Zukunft eine entschiedene soziale, freilich nicht gerichtete Gewerkschaftspolitik verfolgen, aber eine Politik vom Standpunkte des Beamten. (Stürmischer Beifall.) Einkimmrig angenommen wurde die vom Bundesvorstand eingebrachte Entschließung.

In der es u. a. heißt: Der Bundesausschuss erkennt erneut die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses des Deutschen Beamtenbundes mit der Arbeiterpartei und Arbeiterpartei in allen aus dem allgemeinen Arbeitnehmerschutz sich ergebenden gemeinsamen Fragen an und ist daher auch nach wie vor zum Anschluß von Abmachungen mit den in Frage kommenden Arbeiterorganisationen bereit. Obwohl der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes diesen Grundsatze bisher ebenfalls vertreten hat, nahmen im Gegenstand hierzu der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Eisenbahnerverband als Unterorganisationen des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes in ihren Vorkonferenzen, ganz besonders aber bei den Verhandlungen über die Aufstellung einheitlicher Gehalts- und Lohnforderungen im Namen des D. S. V. gegenüber den berechtigten Forderungen der Beamtenpartei eine klar ablehnende und jeden Verhandlungswillens entbehrende Haltung ein. Der Bundesausschuss kann daher in einer schriftlichen Vereinbarung mit dem D. S. V. eine ausdrückliche Garantie für die Wahrung der Beamteninteressen nicht erteilen, solange die ihm angebotenen Verhandlungen sich ihrerseits nicht ebenfalls formell dazu bekannt haben. Der Bundesausschuss beantragt den Bundesvorstand, die

weitere Einwirkung abzuwarten, und verlegt die eventuelle Einberufung der Angelegenheit bis zu dem Zeitpunkt, der dem Bundesvorstande geeignet erscheint.

Die von der Eisenbahnerkommission formulierten Forderungen, die die Beamtenpartei der Regierung in der Tageskonferenz vorgelegen abweist, wurden ebenfalls angenommen.

Vermischtes.

Wetterkatastrophen in Südbenken. Ein furchtbares Unwetter ging über die Südbenken Grenze und ganz Mittelschwaben mit Hagelschlag nieder. Der Hagel fiel so dicht, daß er stellenweise 80 Zentimeter hoch lag und im Süden von der Größe einer Walnuß. Dunderstöße von Natur wurden von dem Unwetter überrascht und schwer bedrückt. Zahllose Dächer wurden abgedeckt, Säulen entwürfelt, Telegrafenleitungen zerstört und das Obst auf den Feldern zum größten Teil vernichtet. Auch Menschenleben forderte das Unwetter, fünf Personen wurden getötet. Zahlreiche Karossen und Wagen wurden durch den Hagel während einer halben Stunde berräuchert eine solche Dunkelheit, daß man kaum einen halben Meter weit sehen konnte. Ein Sturm einer Wüste. Nach einer Meldung aus Portugal kürzte in der Nähe von Vetro-Abad eine im Bus befindliche Brücke ein. Sechs Personen sollen getötet und neun verwundet worden sein.

Im Schwabenraum verunsichert. Blättermeldungen aus Galsburg zufolge sind drei Berliner Touristen und eine Dame bei einem Auszuge in einen schweren Schneesturm geraten und verunglückt. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Ein Eheverbot für vererblich Kranke in Vorbereitung. Der Landesparlamentarier von Wien beschäftigt sich — nach Mitteilung der Deutschen Staatsrechtzeitung — mit einem Gesetzesentwurf, der die Gefahr einschließen soll, daß die an besonders vererblichen Krankheiten leidenden Personen Ehen eingehen. Personen, die mit Geschlechtskrankheiten behaftet sind, soll die Ehe zeitlich aber auch dauernd verboten werden. Es soll ein Gesetz ausgearbeitet werden, nach welchem jede Person, die heiraten will, ein ärztliches Gutachten einholen muß. Der Gesetzesentwurf soll der Vorläufer eines Gesetzes über die Zwangsbehandlung der Geschlechtskrankheiten sein. Ein absolutes Eheverbot wird es für Geschlechtskranke nicht geben; sie werden nur angewiesen, sich erst heilen zu lassen und dann erst zu heiraten. Ferner soll Tuberkulose die Ehe verboten oder deren Abschluß wenigstens aufgeschoben werden. Schließlich soll unheilbaren Kranken, etwa solchen, die mit unheilbaren Geschlechtskrankheiten oder mit nicht hebbaren physischen Gebrechen behaftet sind, die Geschlechtslehre unterlagert werden.

Wenn England in unserer Lage wäre... Unter dem Titel „Wenn es England wäre“ veröffentlicht H. Desmond in der „Daily News“ eine interessante Phantasie, durch die er seinen Landsleuten anschaulich zu machen sucht, wie das besetzte Deutschland behandelt wird und was die oberösterreichische Frage für uns bedeutet. „Gesetzt den Fall“, schreibt er, „daß England den Krieg verloren hätte, wolle wir uns einmal vergegenwärtigen, wie die oberösterreichische Frage für uns anfiele. Natürlich wären wir Irland verloren haben, unser Elend-Vorhingen und ebenso ein sehr reiches „Saargebiet“ in Wales. Nun zu den Opfern im Osten. Setzt man weiter den Fall, daß Estland und Litauen bei uns wäre, dann wären wir, so nahme Frankreich die Stelle von Polen ein. Suez wird uns zufließen und Ägypten abgetrennt, wie Deutschland. Niemand weiß, was das gut ist, aber das ist England hat es nicht mehr haben. Sonderverordnungen in Schottland, zu dem Zweck veranlaßt, um Frankreich diese Gebiete auszuweichen, gehen zu unsern Gunsten aus. Dann kommt der Korridor an die Reihe, den Frankreich für seinen Zugang zu Liverpool haben muß. Dadurch wird uns das Weiße vom Lincoln, North, Derbyshire, Lancashire und halb Yorkshire genommen. Der polnische Korridor ist tatsächlich mehr als halb so groß wie England, aber wir müssen kleinere Gebiete annehmen, um bei den Verhältnissen unseres kleinen Landes zu bleiben. Kent ist Oberschlesien; seine Kohlenfelder sind die reichsten in Europa und am besten ausgestattet mit allen Hilfsmitteln für Englands Industrie. Das muß uns also abgetrennt und Frankreich gegeben werden. Aber wenn wir gehörig protestieren, gelingt es uns, die Gnade einer Volksabstimmung zu erhalten. Nun kommt die Volksabstimmung in Kent. 60 Prozent der ganzen Bevölkerung stimmen dafür, bei England zu bleiben. Aber irgendein kleines Gebiet — sagen wir die Insel Thanet — wünscht zu Frankreich zu kommen; es ist ein teilweise industrielles teilweise noch unerschlossenes Kohlengebiet. Wirtschaftlich, sagen die Sachverständigen, sind Kent und Thanet unbedingt aufeinander angewiesen. Aber geküßt auf das kleine Thanet verlangt Frankreich mindestens das halbe Gebiet mit allen von England geschaffenen Kulturwerten. Ein anderer der gegen England verhandelt, sagen wir Deutschland, ist aber der Ansicht, daß ganz Kent emigrieren soll, und so kommt es zu langwierigen Verhandlungen.“

Von der Mode.

Die Herbstfarben der Mode. Das verfeinerte Farbgefühl der modernen Frau macht sich auch in der Mode geltend, daß man mehr als bisher die farblichste Note der Kleider auf die Farbenpalette der Natur abstimmt. Dies tritt besonders deutlich in den neuesten Herbstkleidern zu Tage, die die ganze farbreiche Palette des großen „Farbpalette-malers“ Herbst in ihren Farben wiederholen. Die Herbstfarben der Mode sind durchaus dieselben wie die der Natur: ein goldenes Braun, ein bronzefarbenes Rot, helles Gelb, saftiges Grün, fuchsige Farben der Farnpflanzen, die sich vor ihrem Welken noch einmal in höchsten Prunk kleidet. Die Nuancen bei den einzelnen Farben sind außerordentlich mannigfaltig. Das Braun erscheint besonders in den warmen Tönen der Kastanie und Klinge schon zusammen mit einem kräftigen Orange. Schwarz und Violettblau, die landläufigen Farben der Kokkone, dürfen jedenfalls in diesem Herbst nicht für modern gelten. Ein weiteres Merkmal der neuen Mode ist das Aufgeben des Witzes, der nur noch selten an Kostümen und niemals mehr an Kleibern oder Wänteln erscheint. Versuche der Modeströmung, den langen Rock einzuführen, die Taillelinie wieder mehr zu betonen und die Hüften herauszuarbeiten, sind an dem Widerstand der Damenwelt so ziemlich gescheitert, können daher nur als Ausnahmefälle gelten.

Zahnpulver
mit
Solidento
die
Kombella-Zahnpasta



Es gibt nichts Besseres und so billig dabei als Solidento Zahnpulver. Plumbgeruch verschwindet! Tube 2,- und 3,00 in Apotheken, Drogerien, Parfümerien, best. bei: Friedrich Böttner, Kaiser-Drogerie, H. B. Schmidt, Inh.: H. P. Krause, am Graben 11, 101, Wien.